

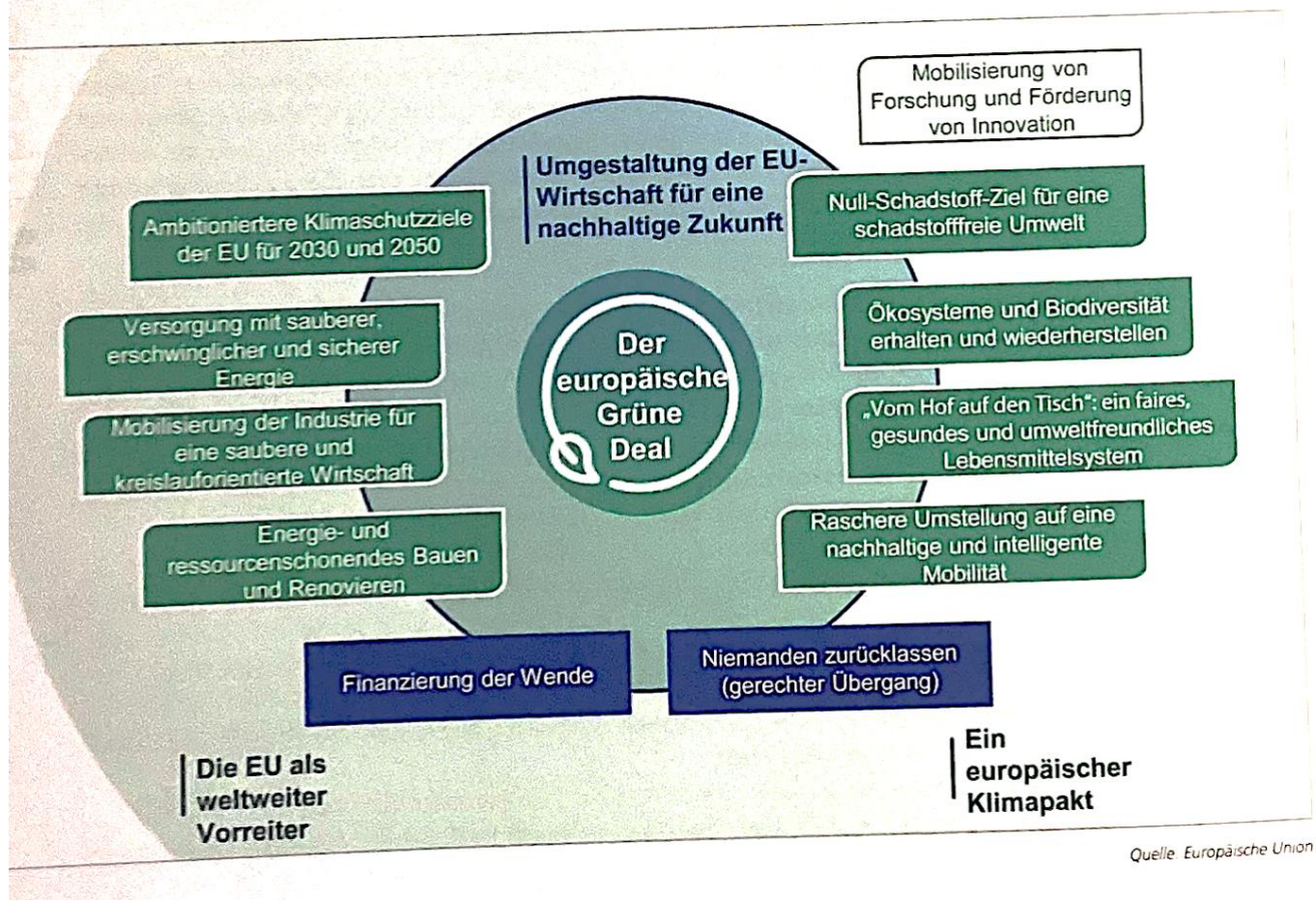
Kann ein klimagerechter Umbau der Wirtschaft der Europäischen Union gelingen?

Der Klimawandel ist die zentrale Herausforderung unserer Zeit. Von entscheidender Bedeutung ist dabei die Frage, wie das Klima geschützt und der Wohlstand erhalten werden kann. Die Europäische Union hat in dieser Frage den European Green Deal vorgestellt, mit dem ein klimagerechter Umbau der europäischen Wirtschaft gelingen soll. Kritik an diesem Umbau gibt es sowohl von Seiten der Wirtschaft als auch von Umweltschützer*innen. Im folgenden Kapitel setzen Sie sich mit dem European Green Deal und der Kritik daran auseinander, lernen die unterschiedlichen Positionen kennen und diskutieren die Problematik abschließend in einer Talkshow.

Wie realistisch ist der European Green Deal?

Ziele und Reaktionen

- 1 Der European Green Deal (engl.: „Europäische grüne Vereinbarung“) ist ein umfassendes und ambitioniertes Projekt und eine Vision („Leitbild“) der ökologischen Umgestaltung und Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft. Die Präsidentin der EU-Kommission, Ursula von der Leyen, hat in einer Rede vor dem Europäischen Parlament am 11.12.2019 die Grundzüge dieses ökologischen und ökonomischen Strukturwandels vorgestellt (...). Das zentrale Ziel des European Green Deal ist es, Europa bis zum Jahr 2050 zum ersten „klimaneutralen“
- 5 Green Deals ist es, wirtschaftliches Wachstum und Klimaschutz miteinander zu versöhnen und nicht (mehr) als Gegensatz zu betrachten. Sämtliche Politikfelder der EU, wie etwa Forschung, Mobilität, Energie, Biodiversität, Agrar-, Handel- und Außenpolitik, sollen im Rahmen des
- 20 Green Deal auf die Einhaltung der Klimaschutzziele



ausgerichtet werden. Mithilfe des Green Deals sollen die Ziele, die sich die EU und die internationale Staatengemeinschaft (z. B. im Rahmen des Pariser Klimaschutzabkommens von 2015) gesetzt haben, verwirklicht werden.

Die EU nimmt mit dem Green Deal für sich in Anspruch, (wieder) eine internationale Führungsrolle und Vorbildfunktion für andere Staaten und Regionen zu übernehmen. Die Umsetzung in konkrete Gesetze und Maßnahmen soll bis 2021 erfolgen. (...) Die EU-Kommission nimmt mit dem Green Deal die öffentliche Debatte und die breite Unterstützung für den Klimaschutz (z. B. „Fridays for Future“-Bewegung) sowie die Erfolge der Grünen bei den Europawahlen 2019 auf.

Da sich einige EU-Staaten aufgrund ihrer Wirtschafts- und Energiemodelle (z. B. Polens Abhängigkeit von Kohlekraft) nicht in der Lage sehen, einen so weit reichenden ökologischen Umbau in dem vorgesehenen Tempo zu meistern, hat die EU-Kommission finanzielle Unterstützung in Aussicht gestellt („Europäischer Fonds für nachhaltige Investitionen“). Dieser Fonds soll Regionen und Branchen den Umbau in Richtung einer nachhaltigen und klimaneutralen Wirtschaft finanziell absichern. (...)

Die ersten Reaktionen auf den Green Deal fielen unterschiedlich aus: Während einige (z. B. Industrieverbände) das Projekt eines Green Deal als viel zu ambitioniert, als schädlich für die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft ansehen, den Verlust von Arbeitsplätzen befürchten und solche Maßnahmen als staatlichen Interventionismus grundsätzlich ablehnen, betonen die Befürworter eines „Green Deal“ die ökonomischen und technologischen Chancen, die sich für Unternehmen und Gesellschaften in Europa eröffnen, wenn sie auf ökologisches Wirtschaften umstellen und innovative, klimaneutrale Produktionsverfahren und Produkte entwickeln, die dann weltweit verkauft werden können (z. B. nach China). Für Mensch und Natur würden sich die Umweltbelastungen und negativen Folgen des Klimawandels (z. B. Extremwetter, Überschwemmungen) reduzieren bzw. abmildern lassen.

Martin Große Hüttmann: European Green Deal. In: Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/das-europalexikon/309407/european-green-deal/) - Zugriff vom 6.5.2022)

AUFGABEN

1. Arbeiten Sie die Ziele des Green Deals heraus.
2. Entwickeln Sie in Kleingruppen einen ersten Überblick zu den Herausforderungen des European Green Deals. Berücksichtigen Sie dabei auch die Karikaturen.

Wie der Klimaschutz der EU funktioniert: Maßnahmen und deren Umsetzung

Wie die EU den grünen Wandel herbeiführt

Der Europäische Rat hat das Ziel festgelegt, dass die EU bis 2050 klimaneutral werden soll. Die europäischen Rechtsvorschriften müssen angepasst werden, damit der grüne Wandel verwirklicht werden kann.

Das **Paket „Fit für 55“** umfasst eine Reihe von neuen Gesetzgebungsvorschlägen und Änderungen der bestehenden Rechtsvorschriften der EU, die die EU dabei unterstützen werden, ihre Netto-Treibhausgasemissionen bis 2030 um mindestens 55 % gegenüber dem Stand von 1990 zu verringern.



Auf der Homepage der Europäischen Kommission finden Sie weitere Infos über den European Green Deal:

https://ec.europa.eu/info/strategy/priorities-2019-2024/european-green-deal/delivering-european-green-deal_de

Effort-Sharing und Emissionshandel

- 1 Bisher gibt es zwei Systeme in der EU für die CO₂-Einsparung: Seit 2005 gibt es den EU-Emissionshandel (ETS), unter den aber nur die Industrie und Energieerzeuger, etwa Kohlekraftwerke und Chemiefabriken, fallen. Dabei
- 5 bekommen die Unternehmen CO₂-Zertifikate zugeteilt, teils kostenlos. Übersteigt ihr CO₂-Ausstoß die zugeteilten Gutschriften, müssen sie am Markt zukaufen. Außerdem wird die Menge an verfügbaren Zertifikaten wegen eines automatischen Reduktionsmechanismus immer knapper.
- 10 Wie wirksam der Emissionshandel ist, bestimmt sich dadurch, wie hoch dieser „Reduktionsfaktor“ ist und wie viele Zertifikate frei an die Unternehmen zugeteilt werden. Denn je höher der CO₂-Preis der Zertifikate, desto höher der Ansporn, auf CO₂-sparende Technologien zu setzen.
- 15 Für alle anderen Bereiche gibt die EU bisher jedem Land

Wie setzt die EU Klimaziele in Rechtsvorschriften um?



ein Klimaziel vor – das sogenannte Effort-Sharing. Das betrifft Verkehr, Landwirtschaft, Gebäude, Abfall sowie manche Energie- und Industrieanlagen. Insgesamt sind darüber rund 60 Prozent der EU-Treibhausgasemissionen geregelt. Jeder Mitgliedstaat kann dann selbst entscheiden, welche Anreize oder Verbote er setzt, um diese Ziele zu erreichen. Das Effort-Sharing soll nun eingeschränkt werden – und dafür der Emissionshandel ausgeweitet werden. Das bedeutet mehr Regulierung auf europäischer – statt auf nationaler Ebene.

Susanne Götze: Wo die Lobbyisten triumphierten – und wo nicht. In: Spiegel Online vom 9.6.2022 (www.spiegel.de/wissenschaft/abstimmung-des-eu-parlaments-zum-green-deal-wo-die-lobbyisten-triumphierten-und-wo-nicht-a-21730d17-8ff6-4a01-b890-126520bc965c – Zugriff vom 15.6.2022)

Wirtschaftstheoretische Grundlagen

Der „homo oeconomicus“

(Zur Erklärung ökonomischen Handelns wird oft) das Modell eines ausschließlich „wirtschaftlich“ denkenden Menschen, eines „homo oeconomicus“ zugrunde (gelegt), dessen Hauptmerkmale seine Fähigkeit zu uneingeschränktem rationalem Verhalten und sein Bestreben sind, den eigenen Nutzen zu maximieren. Dieses Modell liegt weitgehend den Analysen der klassischen Wirtschaftstheorie zugrunde, wird aber in jüngerer Zeit kritisiert, weil es das wirtschaftliche Verhalten (z. B. das Verhalten von Konsumenten) nicht realistisch genug beschreibt und andere (als rationale) Handlungsmotive zu wenig berücksichtigt. Dabei muss allerdings bedacht werden, dass der „homo oeconomicus“ (...) weder als feststehendes Menschenbild noch etwa als Ideal zu verstehen ist, sondern als ein gedanklich konstruiertes Modell (...), das dazu dienen soll, bestimmte wirtschaftliche Verhaltensweisen und insbesondere Entscheidungssituationen (Kauf, Verkauf, Produktion, Konsum) zu erklären. Die beiden „Modelleigenschaften“ – Rationalität und Eigeninteresse – sind also nicht unabhängig von den jeweiligen Situationen zu verstehen; sie wollen das Wesen des Menschen nicht vollständig und nicht für immer beschreiben.

Franz Josef Floren: Politik – Wirtschaft. Wirtschaftspolitik in der sozialen Marktwirtschaft. Paderborn 2010, S. 14

Negative externe Effekte

Ein Fall von Marktversagen liegt vor, wenn nicht alle Kosten, die bei der Produktion oder beim Konsum anfallen, vom Verursacher getragen werden. Wohnt beispielsweise jemand an einer Autobahn, wird er durch die Autofahrer, die Lärm und Abgase verursachen, belastet, ohne dass die Autofahrer ihn dafür entschädigen müssen. Weil solche Lasten beziehungsweise Kosten auf Außenstehende abgewälzt werden – also nicht in die Kostenfunktion der Autofahrer einbezogen werden, sondern in die der

Betroffenen –, spricht man in solchen Fällen von externen Kosten. Der Einzelne berücksichtigt bei seinen Produktions- oder Konsumentscheidungen nur die für ihn entstehenden (privaten) Kosten und Nutzen und nicht die zusätzlichen Kosten und Nutzen anderer.

Auch wir verursachen externe Kosten, zum Beispiel, wenn wir unsere Nachbarn, die Liebhaber von klassischer Musik sind, mit U-Musik konfrontieren; wenn Sie Raucher sind oder wenn Sie die Gewohnheit haben, am Samstagmorgen um 7 Uhr den Rasen zu mähen. Verursacht die Produktion oder der Konsum externe Kosten, versagt der Markt als Folge dieser negativen externen Effekte. Solche Güter werden in zu großer Menge hergestellt oder konsumiert, weil in die Kalkulation zu geringe Kosten eingehen.

Negative externe Effekte stellen ein schwerwiegendes Problem marktwirtschaftlicher Volkswirtschaften dar. Eine Möglichkeit sie zu lösen besteht darin, die Erzeugung negativer externer Effekte zu verbieten. Solche Verbote sind in Marktwirtschaften aber selten, sie gelten beispielsweise für die Verbreitung giftiger Stoffe. Außerdem gibt es kaum Aktivitäten ohne negative externe Effekte. Auch der Krankenwagen, der einen Verletzten ins Hospital bringt, belastet die Umwelt. Dennoch wollen wir, dass er fährt. Eine andere Lösung besteht darin, den Verursacher der negativen externen Effekte mit den Kosten seines Verhaltens zu belasten. Man holt also die Kosten von außen wieder in die Kalkulation des Verursachers zurück, man „internalisiert“ sie. Der Staat könnte den Verursacher beispielsweise mit einer Steuer belegen oder ihn zwingen, den Geschädigten mit einer Zahlung zu kompensieren, um den Verursacher von seinem schädigenden Verhalten abzubringen oder ihn zumindest dazu zu veranlassen, es einzuschränken.

Hans Jürgen Schlösser: Aufgaben und Grenzen von Markt und Staat. In: Bundeszentrale für politische Bildung vom 5.7.2007 (www.bpb.de/shop/zeitschriften/izpb/8455/aufgaben-und-grenzen-von-markt-und-staat/) – Zugriff vom 5.5.2022)

AUFGABEN

1. Teilen Sie sich mit Hilfe der linken Grafik in Kleingruppen zu den einzelnen Bereichen des Green Deals auf. Recherchieren Sie mit Hilfe des QR-Codes die konkreten Maßnahmen der einzelnen Bereiche.
2. Bereiten Sie eine Kurzpräsentation vor der Lerngruppe vor.
3. Bilden Sie Dreier-Gruppen, teilen Sie die Texte untereinander auf und fassen Sie diese inhaltlich zusammen.
4. Prüfen Sie, inwiefern durch Effort-Sharing und den Emissionshandel in der EU negative externe Effekte internalisiert und die Annahmen des Modells des „homo oeconomicus“ berücksichtigt werden.
5. Begründen Sie, warum das Effort-Sharing eingeschränkt und der Emissionshandel ausgeweitet werden soll.